

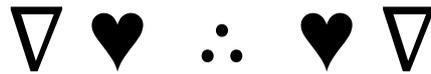


Giga-Klima-Gaga – 3

Diese kleine Serie begann mit der Feuerzangenbowle, setzte sich fort mit dem Gall'schen Fiktionskoeffizienten und geht mit der Laffer-Kurve in die letzte Runde. Arthur B. Laffer (*1940), der Namensgeber der Laffer-Kurve, ist ein US-amerikanischer Ökonom der zu Ronald Reagans Wirtschaftsberatern gehörte und immer noch als Experte gefragt ist.

Die Laffer-Kurve hat sich ihren Platz im ["Lexikon des Unwissens"](#) redlich verdient. Sie ist der Ausdruck für ein Prinzip, das niemand ernsthaft bestreiten wird, doch ebenso ist niemand in der Lage, den tatsächlichen Verlauf dieser Kurve zu bestimmen. Sie ist konzipiert, um die Höhe der Steuereinnahmen eines Staates abhängig von der Höhe der Steuersätze zu bestimmen. Sie beginnt folglich bei einem Steuersatz von null Prozent mit null Steuereinnahmen und endet bei einem Steuersatz von hundert Prozent wieder bei null. Für alles, was dazwischen liegt, gibt es nur die gerechtfertigte Annahme, dass die Steuereinnahmen mit steigenden Steuersätzen bis zu einem Maximum anwachsen, während sie bei weiter steigenden Steuersätzen wieder zu sinken beginnen. Ein schlüssiger Beweis findet sich in den Einnahmen aus der Tabaksteuer in Deutschland. Bis zum Jahre 2003 folgte jeder Erhöhung der Tabaksteuer ein Anstieg der Einnahmen aus dieser Steuerart. Doch als 2003 nochmals 1,2 Cent pro Zigarette aufgeschlagen wurden, blieb die erwartete zusätzliche Milliarde an Steuereinnahmen aus. Stattdessen sank das Aufkommen der Tabaksteuer um mehrere hundert Millionen Euro.

Damit gibt sich die Laffer-Kurve als eine Sonderform des Gesetzes des nachlassenden Ertragszuwachses zu erkennen, wie wir es aus der Landwirtschaft kennen. Die Erträge eines Ackers wachsen mit der Zuführung von Düngemitteln. Wenn beispielsweise 50 kg pro Hektar den Ertrag um 30 Prozent steigern, dann werden 100 kg pro Hektar nicht etwa eine Ertragssteigerung von 60 Prozent ermöglichen, sondern lediglich 45 Prozent mehr erbringen als ohne Düngemittel. Die Verdreifachung des Düngemiteleinsatzes auf 150 kg führt nur noch zu einer Steigerung von 45 auf 50 Prozent - aber 200 kg ruinieren den Boden, so dass eventuell gar kein Erntertrag mehr eingefahren werden kann.



Auch die Laffer-Kurve wirft eine bedeutsame Frage auf:

Wie verändert sich der Ertragszuwachs der Volkswirtschaft bei immer weiter steigendem Aufwand für die Dekarbonisierung?

Es liegt auf der Hand, die immensen Kosten, die der dekarbonisierungswütige Staat seinen Bürgern aufbürdet, als "Steuern" zu betrachten, die aufgebracht werden müssen, um dieses "Staatsziel" zu erreichen. Schließlich ist es unter dem Strich für den Bürger egal, ob ihm der Staat Steuerlasten aufbürdet, um damit die Kosten der Dekarbonisierungs-Maßnahmen zu bezahlen, oder ob der Staat der Wirtschaft die Kosten aufbürdet, die sich diese über steigende Preise von den Konsumenten zurückholt.

Bei dieser Betrachtungsweise kommt die Tatsache ans Licht, dass weite Teile der Steuereinnahmen des Staates schon immer an die Wirtschaft "durchgereicht" wurden, dass also eigentlich nicht der Staat der Nutznießer der Steuern ist, sondern in erheblichem Umfang die Wirtschaft. Das ist unter normalen Umständen gut und richtig. Es wäre zum Beispiel den Autofahrern Deutschlands nicht möglich, sich die Straßen und Autobahnen, auf denen sie unterwegs sind, selbst zu bauen. Dafür braucht es eine geeignete Organisation, deren Finanzbedarf irgendwie aufzubringen ist. Das kann, wenn es sich um eine staatliche Organisation handelt, über Steuereinnahmen geschehen, es kann aber auch durch Nutzungsgebühren, also eine Maut geschehen, was wiederum auch der Weg ist, über den sich private Straßenbetreiber finanzieren.

Bleiben wir beim steuerfinanzierten Straßenbau, dann erkennen wir, dass diese staatliche Maßnahme vielerlei Nutzen mit sich bringt. Es sind ja nicht nur die Bauunternehmen, die Hersteller von Baumaschinen, die Steinbrüche, die Zementwerke die Asphaltproduzenten, die aus den Bauaufträgen einen Gewinn generieren. Es hängen tausende von Arbeitern und deren Familien wirtschaftlich vom Straßenbau ab, die sich wiederum aus den gezahlten Löhnen ihren Lebensunterhalt finanzieren, angefangen von der Wohnungsmiete über die Lebensmittel, die Bekleidung, die Möbel, die Urlaubsreisen, den Strom, und so weiter. Doch das ist immer noch nicht alles. Der Hauptnutzen der Straßen besteht ja nicht in deren Bau alleine, sondern in der Möglichkeit, sie als sichere und schnelle

Verkehrswege für den Güter- und Personentransport nutzen zu können. Ein "Nebennutzen" soll nicht unerwähnt bleiben: Aus allen Gewinnen, Löhnen und Gehältern, die sowohl durch den Straßenbau direkt generiert werden, als auch durch die Existenz der Straßen erst möglich werden, fließen an den Staat wiederum Steuereinnahmen zurück und zudem entsteht ein Beitrag zu den Sozialversicherungssystemen, von denen wiederum der Lebensunterhalt von Rentnern und Arbeitslosen, von Ärzten und Pflegekräften, von den Mitarbeitern der Pharmazeutischen Industrie und der Apotheken finanziert wird.

Versucht man, auf gleiche Weise den Nutzen der Dekarbonisierung zu ermitteln, stößt man auf unerwartete Schwierigkeiten. Was hier geschieht, unterscheidet sich ganz erheblich vom Straßenbau und dem damit hervorgebrachten Nutzen. Dekarbonisierung zeichnet sich dadurch aus, dass nicht ein Mehrnutzen geschaffen wird, sondern dass bestehende, noch auf Jahre und Jahrzehnte effizient und kostengünstig nutzbare Infrastruktur zerstört wird, um sie durch spürbar schlechtere und teurere Infrastruktur zu ersetzen, wobei den Eigentümern der zerstörten Infrastruktur auch noch Entschädigungen gezahlt werden, während die Errichtung der Ersatzlösungen mit Steuergeldern oder durch staatliche Preisgarantien subventioniert wird.

- Stilllegung von Grundlast Kraftwerken, Entschädigungszahlung an die Betreiber, Errichtung von Windparks mit garantierten Einspeisevergütungen, Neubau von vorher nicht benötigten Stromtrassen, Vorhalt von immer mehr Reservekraftwerken und Batterien für die Primärregelleistung, höchste Strompreise der EU bei immer fragiler werdender Versorgungssicherheit
- Fahrverbote und Kraftstoffverteuerung für Verbrennerfahrzeuge, immer neue CO₂-Grenzwerte, Strafzahlungen der Hersteller, Förderung der E-Mobilität, Ausbau eines vorher überflüssigen Versorgungsnetzes für die Ladestationen bei gleichzeitigem Rückbau der sicher verfügbaren Stromerzeugungskapazitäten, Gezielte Stromabschaltungen zur "Spitzenglättung", Verlust des Qualitätsmerkmals "Made in Germany" der deutschen Automobil-Industrie, Verlust von mindestens 200.000 Arbeitsplätzen (eher weit mehr, weil die Marktanteile nicht gehalten werden können, bzw. die Fertigung forciert ins Ausland geht), massive Einschränkungen der Mobilität.
- Verbot von Ölheizungen, Förderung von Wärmepumpen mit deutlich höherem Strombedarf gegenüber der Ölheizung bei gleichzeitiger Stilllegung der sicher verfügbaren Stromerzeugungskapazitäten
- Energieverteuerung auch für die Industrie durch Zertifikate-Handel und CO₂-Steuer, Verlust der energieintensiven Betriebe, Abwanderung von auf Versorgungssicherheit angewiesenen Unternehmen, Wettbewerbs-

nachteile gegenüber dem nicht oder weniger dekarbonisierenden Ausland, Verlust von Arbeitsplätzen

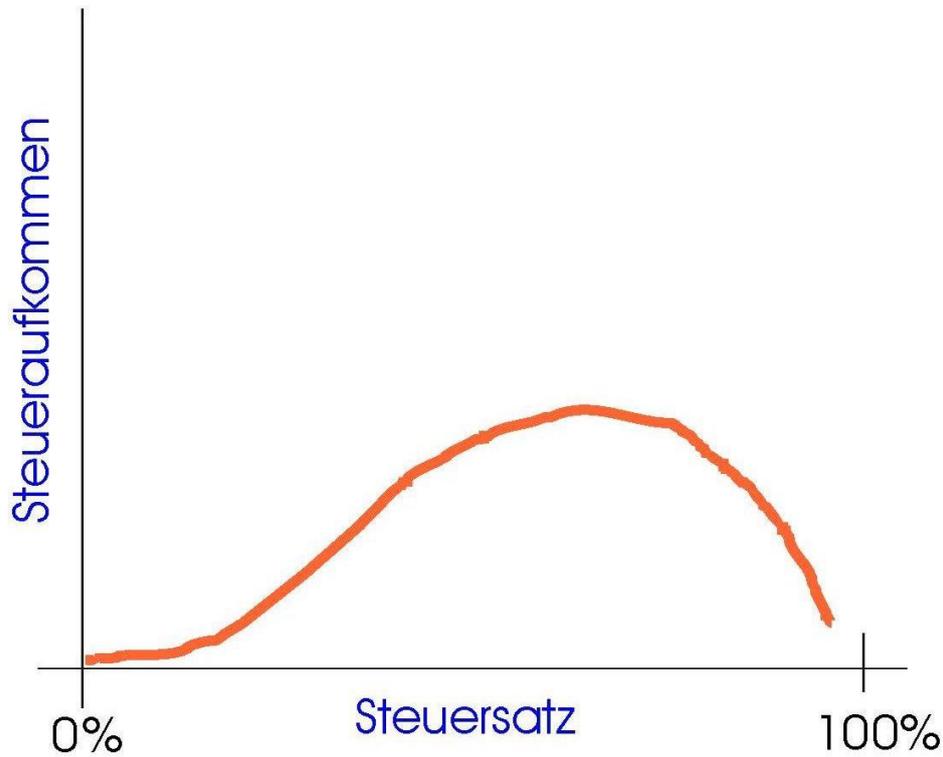
- Ausufernde Vorschriften für energiesparenden Wohnungsbau mit deutlichen Kostensteigerungen, die sich in steigenden Mieten niederschlagen, Mietpreisbremse und Mietendeckel führen zum Erliegen des privaten Wohnungsbaus, bei weiter steigenden Mieten, Verstaatlichung von Wohnungsunternehmen, Wohnungszwangsbewirtschaftung
- Verbot des Eigenheimbaus = Zwang zur Mietwohnung, Arbeitsplatzverluste im Bau- und Ausbaugewerbe, Niedergang der Bau- und Gartenmärkte
- et cetera.

Diese vom Gesetzgeber erlassenen Zwangsmaßnahmen, die, anders als beim Straßenbau in normalen Zeiten, nicht auf die Befriedigung eines Bedarfs abzielen, sondern, im Gegenteil, grundsätzlich die Angebote verknappten und bei sektorialem Arbeitsplatzaufbau (Photovoltaik, Windkraftanlagen, Trassenbau, Ladeinfrastruktur) einen Arbeitsplatz-Abbau in mindestens gleichem Umfang direkt mit sich bringen, indirekt aber, durch Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, noch weitere Arbeitsplatzverluste nach sich ziehen, bringen keinen erkennbaren volkswirtschaftlichen Nutzen. Sie werden, im Gegenteil, die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft beeinträchtigen. Dem steht als vage Hoffnung lediglich gegenüber, es könne durch "Digitalisierung" eine Kompensation möglich werden. Da Deutschland in Bezug auf Digitalisierung jedoch gegenüber den weltweit führenden Nationen weit im Hintertreffen ist und weder das Bildungswesen, noch die Forschung in einem für diese Aufholjagd erforderlichen Umfang gefördert werden, müsste ein Wunder geschehen, wenn sich diese Hoffnung erfüllen sollte.

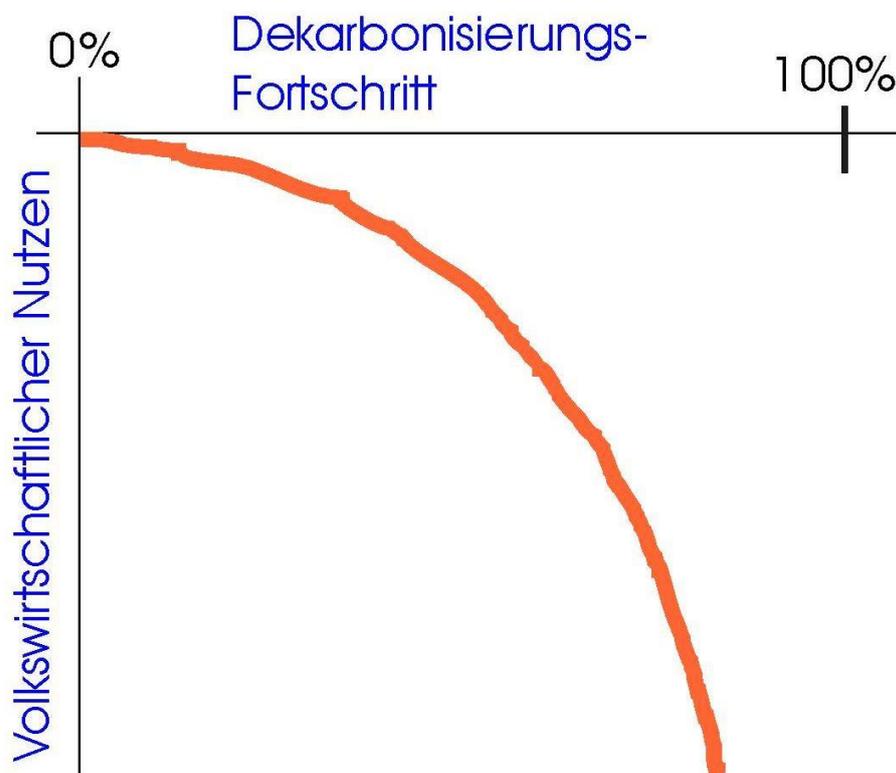
Die Dekarbonisierung ist ein Programm zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands. Sie fördert eine unzuverlässige und unter normalen Bedingungen nicht wettbewerbsfähige, in Teilen mittelalterliche Technologie (Windmühlen, Segelschiffe). Die Dekarbonisierung hat für die deutsche Volkswirtschaft per Saldo keinen Nutzen, auch wenn einige wenige Branchen profitieren. Im Gegenteil, sie mindert den Nutzen, beschädigt den Wohlstand und schränkt die Freiheit der Bürger ein.

Grundlage jeder prosperierenden Wirtschaft ist die praktisch unbegrenzt und an jedem Ort verfügbar zu machende, preiswerte Energie. Wer die Verfügbarkeit von Energie quantitativ beschränkt und die Nutzung von Energie verteuert, führt eine Volkswirtschaft in die Depression, fördert die Abwanderung der Industrie und die Auswanderung der Qualifizierten und entzieht damit dem Staat die finanziellen Mittel, die er zur Bewältigung seiner Aufgaben benötigt.

Während die aus Steuersatz und Steueraufkommen gebildete Laffer-Kurve stets eine Glockenform aufweist, also ungefähr so aussieht,



ergibt die Laffer-Kurve der Dekarbonisierung, gebildet aus erzwungenem Aufwand und negativem Nutzen ein gänzlich anderes Bild:



Jeweils am Ende der beiden ersten Folgen dieser kleinen Serie stand die Frage: *Sollte also doch die Sonne ausschlaggebend sein?*

Diese durchaus begründete Frage bezog sich im ersten Teil auf die Erkenntnisse über die Klima-Entwicklung auf der Erde vor Beginn der Industrialisierung und damit vor Beginn der menschengemachten CO₂-Emissionen, die eindeutig zeigen, dass es auch früher schon sowohl Abkühlungs- als auch Erwärmungstendenzen gegeben hat, und im zweiten Teil auf die Erkenntnis, dass es zwar einen Zusammenhang zwischen Temperatur und CO₂-Gehalt der Atmosphäre gibt, dass allerdings der Temperaturanstieg einen Anstieg des CO₂-Gehalts nach sich zieht und nicht umgekehrt.

Es gibt jedoch noch eine andere Kausalkette, in welcher das Kohlendioxid der Auslöser ist: Je mehr CO₂ in der Atmosphäre, desto kräftiger das Pflanzenwachstum. Das machen sich die Betreiber von Gewächshäusern durchaus zu nutze, indem sie ihre Gewächshäuser künstlich mit CO₂ begasen. Die Firma [Air Liquide](#) erwähnt auf ihrer Webseite diese Beispielanwendung:

CO₂ für „Mega-Treibhaus“ in Neurath

So eine zusätzliche CO₂-Zufuhr kommt beispielsweise im 11 Hektar großen Treibhaus für Tomaten in Neurath im Rhein-Kreis Neuss zum Einsatz. Auf dieser riesigen Fläche wachsen rund 380.000 Tomatenpflanzen, die bis zu 6.000 Tonnen Tomaten liefern. Das benachbarte Kraftwerk versorgt den Komplex mit Wärme, Air Liquide liefert für ein optimales Wachstum jährlich bis zu 3.000 Tonnen CO₂. Das CO₂ wird vor Ort in flüssiger Form in einem speziell isolierten 50-Tonnen-Standtank bevorratet, der mithilfe einer Fernüberwachung automatisch nachgefüllt wird.

Der gleiche Effekt ist in globalen Maßstab von der NASA beobachtet worden. Satellitenbilder die zwischen 1982 und 2009 entstanden sind, zeigen eine ganz immense Zunahme der Vegetation auf der Erde. Ich zitiere aus [Wissenschaft.de](#), wo es auch eine beeindruckende Grafik dazu gibt.

Seit 1982 ist die Pflanzenwelt auf einem Großteil der irdischen Landflächen üppiger und damit grüner geworden. „Die größten Ergrünungstrends zeigen sich dabei im Südosten Nordamerikas, im nördlichen Amazonasgebiet, in Europa, Zentralafrika und in Südostasien“, berichten Zhu und seine Kollegen. Insgesamt hat die pflanzliche Biomasse in einem Viertel bis der Hälfte der mit Pflanzen bewachsenen Landgebiete zugenommen. **Dieses von uns beobachtete Ergrünen ist in seinem Ausmaß vergleichbar mit einem zusätzlichen grünen Kontinent von der doppelten Fläche der**

USA. Diese Entwicklung hat das Potenzial, die Kreisläufe von Wasser und Kohlenstoff im Klimasystem fundamental zu verändern.“

Die oft gehörte Äußerung, CO₂ sei ein Schadstoff, muss im Lichte dieser Erkenntnis klar zurückgewiesen werden. Es ist stattdessen so, dass es Leben, so wie wir es kennen, ohne CO₂ auf der Erde nicht geben könnte, und es ist so, dass mehr CO₂ in der Atmosphäre ganz eindeutig dazu beiträgt, die Ernährungsgrundlage für Tiere und Menschen ganz erheblich zu vergrößern. Wer versucht, den CO₂-Gehalt der Atmosphäre auf das vorindustrielle Maß zurückzuführen, nimmt damit zugleich in Kauf, die neu entstandenen grünen Flächen von der doppelten Fläche der USA wieder in den Zustand von vor 1982 zu versetzen und damit die Hungerkatastrophe der seit 1982 um 3.1 Milliarden Menschen gewachsenen [Erdbevölkerung](#), die von der Propaganda an die Wand gemalt wird, weil die Erderwärmung vermeintlich zu Dürrekatastrophen führen wird, durch die Dekarbonisierung mit größerer Wahrscheinlichkeit erst hervorrufen.

Die NASA hat aber nicht nur Satellitenbilder der irdischen Vegetation zur Verfügung. Ihre Sonde Ulysses, die um die Sonne kreist, misst auch ständig den Sonnenwind und das Magnetfeld unseres Zentralgestirns und bestätigt damit den Zusammenhang zwischen dem Auftreten der Sonnenflecken und der Energieabstrahlung der Sonne. Nachdem "Faktenchecker" unermüdlich versuchen, diese Erkenntnisse, wenn sie von alternativen Medien vorgetragen werden, als fakenews darzustellen, habe ich nach einem Mainstream-Medium gesucht und bin beim "Fokus" auf einen [Artikel aus dem Jahr 2013](#) gestoßen, den ich Ihnen dringend zur Lektüre empfehle. Dort heißt es (auf Seite 2):

Der Fehlstart, (Anm.: des Sonnenzyklus 24) fürchten manche Forscher, könne bedeuten, dass der neue Zyklus (24) ganz ausfällt und die Sonne über Jahre oder gar Jahrzehnte in Aktivitätsminimum verharrt. Weil sich damit auch die auf die Erde eingestrahlte Energie verringert, sei eine Abkühlung unseres Planeten zu erwarten. Dies gleiche den Verhältnissen während der „Kleinen Eiszeit“. Dies war eine Periode relativ kühlen Klimas, die von Anfang des 15. bis in das 19. Jahrhundert hinein anhielt. Damals herrschten in Europa und Nordamerika bitter kalte Winter und regenreiche, kühle Sommer. In jener Zeit war die Sonne über längere Zeit fleckenlos, nach Ansicht einiger Astrophysiker übersprang sie mindestens einen Zyklus, entsprechend blieb ihre Aktivität auf dem Minimumwert.

Der Zyklus 24 ist inzwischen fast beendet und die Sonne ist in den Zyklus 25 übergegangen. Wie erwartet blieb der 24. Zyklus arm an [Sonnenflecken](#). Eine Statistik der Tage ohne Sonnenflecken findet sich bei [Spaceweather.com](#). Auch die Prognosen für den 25. Zyklus sind eher verhalten, so dass die Hypothese, der

Temperaturanstieg der letzten 150 Jahre könne sich verlangsamen oder gar umkehren, nicht so einfach von der Hand gewiesen werden sollte.

Apropos "Von der Hand weisen": Wer heute Kritik an der Lehre vom CO₂-induzierten, menschengemachten Klimawandel äußert, wird - nun auch von Angela Merkel - als "Klimaleugner" bezeichnet. Der Begriff selbst ist eine ziemlich dumme Wortbildung, denn das Klima zu leugnen, würde bedeuten, zu behaupten, dass es "Klima" ebenso wenig gibt wie "Marsmännchen" oder die "Steinlaus". Selbst "Klima-Wandel-Leugner" wäre noch dumm, denn dass sich das Klima seit Jahrmillionen stetig verändert bestreitet unter den Kritikern der Theorie vom menschengemachten Klimawandel ja niemand. Im Gegenteil: Wer heute postuliert, es gäbe so etwas wie ein "Normalklima" das zu erhalten die Aufgabe der Menschheit sei, outet sich damit ja bestenfalls selbst als Klima-Wandel-Leugner. "Bestenfalls", weil es sich schlimmstenfalls um einen Klima-Wandel-Lügner handelt, der sich bewusst ist, dass sich das Klima, maßgeblich beeinflusst von der Sonne, schon immer verändert hat, aber behauptet, das Klima von 1880 sei die naturgesetzlich festgesetzte Norm, die nun von den Menschen verletzt wurde und dringend "repariert" werden muss.

Die Grünen versprechen uns den "klimagerechten Wohlstand".

Das klingt ganz ähnlich wie "marktkonforme Demokratie" und sollte deshalb die Warnlampen angehen lassen. In meinem Buch "Wollt ihr das totale Grün" habe ich mich auch mit der grünen Idee vom klimagerechten Wohlstand auseinandergesetzt. Den Abschnitt dazu gibt es als Bonus zu diesem Paukenschlag gratis:

Der klimagerechte Wohlstand

Wenn 100 Prozent Wohlstand als Wohlstand gelten, wie viele Prozent Wohlstand sind dann in einem klimagerechten Wohlstand zu erwarten?

Er muss ja verändert werden, der Wohlstand, um klimagerecht zu werden. Diese Veränderungen gehen mit Verzicht auf gewohnte Annehmlichkeiten einher. Auf was müssen wir uns einstellen, wenn grüne Klimaschutzpolitik Realität werden sollte?

Deutschland hat sich, in Verfolgung der Klimaschutzvereinbarung von Paris, das Zwischen-Ziel gesetzt, seine CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990 um mindestens 55 Prozent zu senken. 40 Prozent wurden, vor allem mit Hilfe der Mobilitätseinschränkungen wegen Corona, im Jahr 2020 – mit Ach und Krach – gerade so erreicht.

Klimaziel der Grünen für Deutschland: CO₂-Reduktion bis 2030 um 70 Prozent, also eine Verdoppelung der in diesem Jahrzehnt noch zu erbringenden Anstrengungen. Wobei „Anstrengungen“ das Problem nicht trifft. Denn diese Anstrengungen werden für uns alle verheerende Folgen haben, die an dieser Stelle mit den Stichworten „De-Industrialisierung“, „Unsichere Energieversorgung“, „Mobilitätseinschränkungen“ und „steigende Arbeitslosigkeit“ nur knapp angerissen werden. In den entsprechenden Abschnitten werden sie detaillierter begründet.

Das Wahlprogramm der Grünen schleicht sich unter der Überschrift „Mehr Lebensqualität und Klimaneutralität“ mit Euphemismen in die Köpfe der potentiellen Wähler ein. Wo ganz oben drüber noch klimagerechter *Wohlstand* steht, ist im Text schon nur noch von mehr *Lebensqualität* die Rede.

Dass die individuelle Mobilität den Klimazielen weitgehend geopfert werden muss, dichten die Grünen zu „*Städten mit weniger Staus und Abgasen*“ um, mit viel Platz zum Radfahren in den autofreien Städten, wo man dann sicherer auch zu Fuß gehen und auf den Straßen spielen kann.

Und weil das noch nicht Lebensqualität genug ist, fabulieren sie in den klimagerechten Wohlstand gleich noch Wälder hinein, in denen auch die Kinder noch die Schönheit der Natur entdecken können, obwohl sie gleichzeitig für ihre Windräder gewaltige Löcher in die Wälder schlagen müssen, auch um ihre „Holzbau-Strategie“ mit billigem Bauholz zu versorgen und die Holz-Pellets-Heizungen, die sie statt der Öl- und Gasheizungen gerade noch zulassen wollen, mit Brennstoff zu versorgen.

Klimagerechter Wohlstand soll sich auch in gesundem Essen, unter Wahrung von Tier- und Umweltschutz niederschlagen, obwohl sie gleichzeitig der deutschen Landwirtschaft mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen das Wasser abgraben wollen.

Klimagerechter Wohlstand soll es sein, wenn endlich auch die Dörfer an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind, obwohl mehr als eine Minimalversorgung, wie sie heute schon vorhanden ist (ein Bus fährt morgens um 6.30 zum nächsten Bahnhof. Rückfahrgelegenheit gibt es nachmittags 17.22 Uhr) mangels Auslastung nicht möglich sein wird.

Klimagerechter Wohlstand wird es sein, wenn in allen Dörfern mit den schönen neuen Dorfläden und Kulturhäusern der Infraschall der Windturbinen zu spüren ist, wenn die Schatten der Rotorblätter das Sonnenlicht in eine Stroboskoplampe verwandeln und, wo einst auf den Höhen der Berge Bäume standen und Wildtiere ihr Revier, Vögel ihre Nester hatten, die Kadaver geschredderter Vögel in der Landschaft liegen und Milliarden zermatschter Insekten eine Schmierschicht an

den Rotorblätter bilden, die dann regelmäßig mit gesundheitsschädlichen Substanzen unter Einsatz gewaltiger Maschinen entfernt werden müssen, um die Energieausbeute hoch halten zu können.

Klimagerechter Wohlstand wird es sein, wenn in Deutschland alle mit fossilen Energieträgern betriebenen Kraftwerke abgeschaltet sind, während ringsum in der Welt hundert mal mehr neue Kohlekraftwerke in Betrieb gehen, als wir überhaupt abschalten können, und es für die Autos keine Benzin- und Dieseltankstellen mehr geben wird, wenn die Öltanks der Zentralheizungen leer bleiben, für Flugzeuge kein Kerosin mehr verfügbar ist und die Industrie Prozesswärme nicht einmal mehr aus Erdgas herstellen darf. Dann nämlich, und das ist nach dem Willen der Grünen 2030 schon weitgehend vollendet, wird Deutschland ein Energiemangelland sein, dessen „installierte“ Leistung der so genannten „Erneuerbaren Energien“ den Bedarf zwar weit überschreiten würde, wenn die effektive Leistung nicht davon abhängig wäre, dass Sonne und Wind gleichzeitig kräftig scheinen und wehen. Wir werden Stunden haben, in denen Energie im Überfluss da wäre, in denen die Anlagen aber vom Netz genommen werden müssen, um den Zusammenbruch des Stromnetzes zu vermeiden, und wir werden Stunden haben, in denen das bisschen Energie aus Wasserkraft und Biogasanlagen gerade genügen würde, um ein Zehntel des Energiebedarfes zur Verfügung zu stellen, wenn das Netz nicht vorher zusammengebrochen wäre.

Es geht nicht ins grüne Hirn hinein, dass aller Zubau an Solaranlagen und Windkraftanlagen nur dazu führt, dass bei günstigen Wetterlagen mit viel Sonnenschein und Wind, mehr Strom anfällt als gebraucht wird, dass aber noch so viele Anlagen nicht dafür sorgen können, dass sie von der Sonne beschienen oder vom Wind angeweht werden. Die Multiplikation mit null ergibt null. Dass die Ausprägungen der diskriminierungsfreien Ethno-Mathematik möglicherweise zu anderen Ergebnissen kommen, ist dabei irrelevant. Stromerzeugung mit Solar- und Windkraftanlagen ist bei Dunkelflaute einfach nicht möglich – egal ob man rechnen kann oder nicht.

Es geht nicht ins grüne Hirn hinein, dass der Vollausbau der Erneuerbaren Energien immer auf ein Backup-System konventioneller Kraftwerke mit einer Kapazität von 60 bis 65 Gigawatt zurückfallen können muss, so dass wir also zwei redundante Energieerzeugungs-Systeme vorhalten müssen, um das bevorzugte überhaupt ohne erhebliche Blackout-Gefahr in Betrieb nehmen zu können.

Der Verweis auf die Möglichkeit, im europäischen Verbundnetz ja jederzeit Strom zukaufen zu können, ist fahrlässig. Erstens ist man überall in der Klimaziel-EU auf diese Idee gekommen und reduziert die vorhandenen konventionellen Kapazitäten, und zweitens sind weite Teile der EU bei Nacht gleichzeitig dunkel und tagsüber oft gleichen Wind- und Sonnenscheinbedingungen ausgesetzt.

Die Sicherheit unseres Industriestandortes hängt also nicht, wie die Grünen behaupten, am massiven Ausbau der Erneuerbaren, sondern an ausreichenden konventionellen Reservekapazitäten.

Das ist aber auch die Garantie dafür, dass die Strompreise weiter steigen werden müssen.

Noch ein grüner Euphemismus: Während Wirtschaftsminister Altmaier begriffen zu haben scheint, dass es im gesamten Szenario, vor allem auch wegen des zügigen Ausbaus Elektromobilität, wofür ja noch gar keine Stromerzeugungskapazitäten existieren, zu Strom-Rationierungen kommen wird, die er als „Spitzenglättung“ bezeichnet, reden die Grünen davon, dass man Verteilnetze und Verbraucher mit intelligenter Technik ausrüsten will, damit sie flexibel reagieren können, wenn gerade *viel* Strom angeboten wird. Wie der klimagerechte Wohlstand aussehen wird, wenn gerade *wenig* Strom verfügbar ist, darüber schweigen sie sich aus.

Sie sehen schon an diesem kurzen Abschnitt, dass die Auseinandersetzung mit dem grünen Wahlprogramm keineswegs eine langweilige Angelegenheit sein muss. In den Genuss weiterer Ausführungen zum grünen Projekt zu kommen, ist nicht schwer.

[Nur einen Klick](#) von hier entfernt, können Sie Ihr Exemplar bestellen. Und natürlich auch die Exemplare für ihre Kinder und Enkel, für Freunde, Bekannte, Nachbarn, Kollegen ...

